

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Teleamt-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonellselle oder deren Raum 1.30 M., bei Platzvorrückung 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ansträger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Berlin, 28. September. Durch eine Note, die Herr Briand heute als Präsident des Obersten Rats dem deutschen Volkshatler Dr. Meißner in Paris zugestellt hat, wird die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen vom 30. September ab mitgeteilt. In diese Mitteilung schließt sich folgende Aufforderung an: „Die Alliierten laden die deutsche Regierung ein, möglichst bald ihre Delegierten zu bestimmen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Modalitäten festlegen werden, nach denen die Lizenzen geprüft und ausgestellt werden, in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Rats vom 13. August 1921.“

Rücktritt Boehners.

München, 29. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Polizeipräsident Boehner erklärte gestern seinen Rücktritt. Er konnte es sich aber nicht versagen, nach außen hin seinen Rücktritt bombastisch zu rechtfertigen. Unterm 28. 9. erließ der Polizeipräsident Boehner die folgende „Proklamation“ an die Bevölkerung Münchens: „Die bayerische Regierung hat, dem Verlangen der Reichsregierung nachgebend, in die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes eingewilligt. Der Verfassungsausschuß des Landtages hat gestern Abend hierzu seine Zustimmung erteilt. Damit ist ersichert das Verbot der Straßenschilderhebungen und von Versammlungen unter freiem Himmel, ist Verzicht geleistet auf Schußhaft, Ausweisung und Aufenthaltbeschränkung sicherheitsgefährlicher Elemente, insbesondere landfremder Agitatoren, wie sie uns feindselig die Räterepublik beherrschte hat. Der Reichs-Ausnahmezustand sieht diese Schutzmaßnahmen nicht oder nur unter Bedingungen vor. Die Verhältnisse hätten es noch nicht gestattet, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Rechtes preiszugeben, um so weniger, als die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens für die nächsten Monate bevorstehen. Unter diesen Umständen fühle ich mich außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen. Ich habe daher heute um meine Enthebung von meinem Amte gebeten.“

Wenn der Rücktritt Boehners auch die einzige vernünftige Amtshandlung ist, die er seit seinem Amtsantritt vollzogen hat, so darf es bei diesem Rücktritt allein nicht bleiben. Im Polizeipräsidentium in München wimmelt es von dunklen Elementen der Hafenkreuzer, die Mörderbanden haben dort ihre Verbindungsstelle, ein ungeheures Aktenmaterial, das die Polizeipräsidenten zusammengetragen haben, ist dort aufgestapelt, und es besteht die Absicht, diese polizeilichen Geheimnisse aus dem Polizeipräsidentium zu entfernen und sie einer politischen Geheimorganisation auszuliefern. Boehner hatte über alle ihm unliebsamen politischen Personalakten geführt. Diese Akten standen bisher der Einwohnerwehr und den Mörderorganisationen zur Einsicht zur Verfügung (durch ihre Vertrauensleute im Polizeipräsidentium), und es müssen schnellstens Maßnahmen getroffen werden, um die Auslieferung dieser Akten an die Geheimorganisation zu verhindern. Das Spitzelnetz im Polizeipräsidentium muß ausgehoben werden. Der Rücktritt Boehners kann nur der Anfang für eine gründliche Reinigung des Polizeipräsidentiums in München sein, die sofort einsetzen muß.

Bayerns Zustimmung zu dem München-Berliner Abkommen.

Berlin, 29. September. Die offizielle Zustimmung der bayerischen Regierung zu den zwischen dem Reichskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld getroffenen Vereinbarungen ist gestern in Berlin eingetroffen. Die dieser Vereinbarung entsprechend abgeänderte Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August wird voraussichtlich heute veröffentlicht werden.

Die Frage der Regierungsumbildung.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einer Besprechung der von Stresemann, Dr. Hugo und Kämpfer entworfenen Bedingungen, unter denen die Deutsche Volkspartei bereit ist, in die Regierung einzutreten, wurde in der Fraktion die Frage aufgeworfen, ob man überhaupt in ein Kabinett Wirth eintreten solle. Die Verhandlungen wurden noch nicht zu Ende geführt und sollen heute fortgesetzt werden. Im Gegensatz zu den Demokraten erklärt der Vorwärts, daß die Koalitionsverbreiterung zunächst in Preußen ins reine gebracht werden müsse. Die Entscheidung im Reich hänge von schwierigen Beratungen, vor allem über die Steuerfrage ab, solange könne in Preußen nicht gewartet werden. Ein Kabinett, das die Görlicher Forderungen erfüllt, könne unter Umständen mit den Volksparteikern gebildet werden, es gehe aber auch ohne sie. Und sei die Frage, ob die sogenannte alte Koalition auf eine Unterstützung der Unabhängigen rechnen Warte, zu erwägen. Auch hier wären noch bei positiver Mitarbeit der Unabhängigen überraschende Wendungen möglich.

Der Kampf der höchsten Arbeiter um ihre Rechte.

Noch keine Einigung erzielt.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bisher besteht nach der Freiheit in Höchst noch keine Einigung mit den Unternehmern. Die Unternehmer haben die Absicht, einen Teil der Arbeiter nicht wieder in die Betriebe hineinzuholen. Die Auslieferung soll natürlich in einer Weise erfolgen, daß die sogenannten „unruhigen Elemente“ entfernt werden. Die Unternehmer stellen ferner die Forderung, daß die Belegschaften und Betriebsvertretungen auf ihre alten, noch über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinausgehenden Rechte verzichten sollen. Die Leipziger Zeitung erfährt noch, daß die Gewerkschaft, die Tarifkommission und die Belegschaften der drei geschlossenen Werke der höchsten Farbenfabriken in Höchst, Griesheim und Klesterbach die Bedingungen des Arbeitgeberverbandes angenommen haben, wonach vor weiteren Verhandlungen erst die Herstellung des gesetzlichen Zustandes erfolgen muß. Das ist gestern nicht geschehen, so daß die Angestellten aller Voraussicht nach heute früh in der Lage sein könnten, wieder zu arbeiten. In diesem Falle sollte heute nachmittag mit den Gewerkschaften über die Bedingungen verhandelt werden, unter denen die Werke wieder in Betrieb gesetzt werden sollen.

Unerhörter Unternehmerterror.

Ein eigener Drahtbericht aus Frankfurt a. M. meldet: Zu unerhörten Gewaltmaßnahmen griff die Leitung der Dunlop-Fabrik, weil angeblich die Arbeiterschaft wegen Lohn- resp. Worbisdifferenzen passive Resistenz geliebt habe. Als am Dienstag morgen die Arbeiter auf ihrer Arbeitsstelle erschienen, fanden sie verschlossene Türen. Ein Anschlag besagte, daß die Arbeiterschaft ab Dienstag entlassen sei. Der Polizeidirektor von Hanau kam der Direktion dadurch zu Hilfe, daß er durch 25 Mann der grünen Polizei unter Führung eines Offiziers die Fabrik besetzen ließ. Wie wir weiter erfahren, sind bereits Verhandlungen zur Beilegung des Streikfalles in die Wege geleitet. Die Arbeiterschaft Hanau erlöst einen Aufruf, in dem es heißt: „In der Arbeiterschaft liegt es, Ruhe und Besonnenheit an den Tag zu legen und sich nicht durch unverantwortliche Elemente provozieren zu lassen.“ Sie uns noch mitgeteilt wird, wollen die Hanauer Arbeiter am Donnerstag in den Generalstreik treten, falls die Direktion nicht zu Verhandlungen bereit ist.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Amlich wird mitgeteilt: Durch die am 1. August erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter, sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund 7 Millionen Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat dem Vorschlag der Reichseisenbahnverwaltung zugestimmt, zur Deckung dieser Kosten eine Tarifserhöhung von 30 Prozent vorzunehmen. Die Erhöhung wird für den Güter- und Tierverkehr zum 1. November, für den Express- und Personenverkehr zum 1. Dezember durchgeführt werden. Auf eine Reihe von Sonderwünschen erwiderte das Reichsverkehrsministerium, daß die vorbereitenden Arbeiten zu deren Prüfung bereits eingeleitet seien. Wie weiter berichtet wird, erstreckt sich die Preiserhöhung auch auf Zeitkarten, Sonntagsfahrkarten und Arbeiter-Rückfahrkarten. Die Militärfahrpreise bleiben zunächst unverändert. Die Schenckzugzuschläge betragen künftig für Zone I (1-75 Kilometer) 1/2. Klasse 10 Mark, 3. Klasse 5 Mark. Zone II (76-150 Kilometer) 1/2. Klasse 20 Mark, 3. Klasse 10 Mark. Zone III (über 150 Kilometer) 1/2. Klasse 30 Mark, 3. Klasse 15 Mark. Die weiter vorgesehene Erhöhung der Tarife für die Post sollen am 1. Januar in Kraft treten. Ueber eine nochmalige Erhöhung der Fernsprechgelder und Telegramme sind die Vorberatungen im Reichspostministerium noch nicht abgeschlossen, aber auch sie soll unvermeidlich sein.

Nele Mittelstandsreflexe.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Hier ist der frühere Präsident der Berliner Handwerkskammer Karl Rahardt verhaftet worden. Zu der Verhaftung erfahren wir, daß die Verfehlungen Rahardts rein interner Natur sind und nur die Handwerkskammer selbst angehen. Daß Rahardt sich Verfehlungen schuldig gemacht hat, war bei der Handwerkskammer wie den einzelnen Handwerksverbänden bekannt und man hatte ihn von allen Seiten bereits schon vor Monaten gewarnt und gebeten, von seinem Ehrenamt zurückzutreten. Da Rahardt sich jedoch um die Anschuldigungen nicht kümmerte, zwang man ihn in der vorigen Woche zum endgültigen Verzicht auf alle seine Ämter. Mit Rahardt sind noch der Sekretär der Handwerkskammer Hoffmann und zwei andere Beamte der Handwerkskammer auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Haft genommen worden, und zwar ebenfalls wegen Verdachts des Meineides und des gemeinsamen Betruges.

Rahardt war lange Jahre der Wortführer der Mittelstandsbewegung. Er hatte eine ganze Reihe Ehrenämter inne und spielte sich stets als Retter des Mittelstandes auf.

Der geplante Steuerraubzug.

Die Kohlensteuer.

Eine der Steuern, die bisher schon zu den ertragreichsten gehörte, ist die Kohlensteuer. Sie beträgt jetzt 20 Prozent des vom Reichskohlenverband festgesetzten Preises. Die Steuer wird von den Kohlenproduzenten eingezogen und an die Reichsstaatskasse abgeliefert. Im Reichsetat für das letzte Jahr ist der Ertrag der Kohlensteuer mit 4,7 Milliarden Mark eingezeichnet worden. In Wirklichkeit wird die Steuer wohl wesentlich mehr, nach sachmännischer Schätzung etwa 6 Milliarden, einbringen, weil mit den fortgesetzten Steigerungen der Kohlenpreise automatisch auch die Steuererträge steigen sind. Jetzt soll nun der Steuersatz auf 30 Prozent erhöht werden und der Steuerertrag soll dadurch auf 9 1/2 Milliarden Mark steigen.

Die Kohlensteuer stellt heute schon eine starke Belastung der Industrie dar, die die Steuer selbstverständlich in der Form der Preiserhöhungen für ihre Produkte auf die Konsumenten abwälzt. Die schematische Festsetzung der Steuer auf allgemein 20 Prozent wirkt sehr ungerecht. Bekanntlich sind die Produktionskosten und dementsprechend auch die Preise der Kohlen in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Die schematische Festlegung der Steuer auf 20 Prozent für alle Bezirke hatte deshalb zur Folge, daß die Bezirke mit den höchsten Kohlenpreisen auch die höchsten Steuern aufwiesen. Zwar ist durch ein Gesetz dem Reichskohlenrat und dem Reichsrat die Vollmacht erteilt worden, für einzelne Bezirke und einzelne Kohlenarten Steuerermäßigungen zu gewähren. Auf diese Weise ist jedoch nur ein roher Ausgleich möglich, eine Reihe von Ungerechtigkeiten besteht trotzdem weiter. Deshalb haben Fachleute eine Staffellung der Kohlensteuer, z. B. nach dem Heizwerte der verschiedenen Kohlenarten, vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind jedoch in der Vorlage des Reichsfinanzministeriums nicht berücksichtigt worden. Die Vorlage bringt einfach die schematische Erhöhung des Steuersatzes von 20 auf 30 Prozent in Vorschlag.

Die durch die neue Steuererhöhung bedingte weitere Preiserhöhung der Kohle kimmert die Regierung wenig. Die Regierung trötet die zu Schröpfenden damit, daß die Belastung des Hausbrandes durchaus erträglich sei. Diese betrage bisher für Steinkohle etwa 7 1/2 Prozent und für Braunkohlenbriketts durchschnittlich „nur“ 9 1/2 Prozent der Kleinhandelspreise. Durch die Erhöhung des Steuersatzes auf 30 Prozent würde eine Mehrbelastung der Hausbrandkohle an der Verbrauchsstelle um etwa 15 Mark für den Zentner Briketts würde also auch bei dieser „erträglich“ Belastung jeder Zentner mit 2 Mark Kohlensteuer belastet sein. Darüber, ob eine solche Besteuerung möglich und erträglich ist, werden die Verbraucher in den minderbemittelten Volksschichten, die die Preiserhöhung ganz empfindlich trifft, sicher eine etwas andere Meinung haben, als die Steuerfabrikanten im Reichsfinanzministerium.

Biel bedeutungsvoller sind jedoch die andern Wirkungen der Kohlensteuer. Die Regierung meint, daß auch für die kohlenverbrauchende deutsche Industrie die Erhöhung der Kohlensteuer erträglich sei, weil die deutschen Kohlenpreise noch weit hinter den Weltmarktpreisen zurückständen. Diese Annahme trifft jedoch heute kaum noch zu. Die Kohlenpreise in Frankreich, England, Amerika sind gegenüber dem Vorkriege ganz wesentlich zurückgegangen. Wenn die neue Preiserhöhung für die deutsche Kohle eintritt, wird sich der Preis dem der englischen und französischen Kohle ganz bedenklich nähern. Was das für die deutsche Arbeiterschaft bedeutet, geht aus einer Äußerung der deutschen Bergwerkgeltung hervor, die vor einiger Zeit schrieb, daß die Lage des deutschen Bergbaues eine zu weitgehende Erhöhung der Kohlenpreise verbiete. Das Blatt schrieb:

„Falls aus Gründen der Ultimatumserfüllung dennoch eine stärkere Heranziehung der Kohle notwendig ist, muß daher gleichzeitig dafür Sorge getragen werden, daß durch geeignete Maßnahmen (z. B. Wiederverfahren von Ueberflüssen) der deutsche Kohlenbergbau wieder billiger und produktiver arbeitet, als es in der letzten Zeit der Fall war.“

Aus den gleichen Konkurrenzrücksichten, die die Grubenbarone zu dieser Forderung veranlaßt, werden natürlich auch die Industriellen ähnliche Forderungen geltend machen. Auch sie werden, um die Produktionskosten für ihre Produkte herabzudrücken, entweder die Löhne zu drücken oder die Arbeitszeit zu verlängern suchen. Im übrigen müssen natürlich die gesteigerten Kohlenpreise zu einer weiteren Steigerung der Preise fast aller übrigen Produkte und damit zu einer weiteren Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen führen. Außerdem hat die Erhöhung der Kohlenpreise für das Reich, dem durch die erhöhte Steuer einige Milliarden mehr zuzuflehen sollen, noch eine sehr bedenkliche Seite. Das Reich, das selbst einer der größten Kohlenverbraucher ist, muß ja auch die höheren Kohlenpreise zahlen und es muß somit selbst wieder einen Teil der Steuer tragen.